

Anlage 1

Geschäftsanteilskauf- und –abtretungsvertrag bei Ausübung des Ankaufsrechts gemäß Abschnitt D. des Vertrags vom <XX>

zwischen der

Landeshauptstadt Stuttgart

(nachstehend auch "**LHS**" genannt)

und dem

Behindertenzentrum Stuttgart e.V.

mit Sitz in Stuttgart

(nachstehend auch "**bhz**" genannt)

§ 1

Vertragsgegenstand

Die LHS verkauft hiermit ihren Geschäftsanteil an der **Wohnanlage Fasanenhof Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung** mit Sitz in Stuttgart (nachstehend "**Gesellschaft**" genannt) im Nennbetrag von EUR 13.000,00 mit der laufenden Nummer 1 an das dies annehmende bhz.

§ 2

Kaufpreis

- (1) Der Kaufpreis für den verkauften Geschäftsanteil beträgt EUR 13.000,00.
- (2) Der Kaufpreis ist am Übernahmestichtag zur Zahlung fällig und ab dem Übernahmestichtag mit 5 %-Punkten p.a. über Basiszinssatz zu verzinsen.
- (3) Zahlungen haben mit schuldbefreiender Wirkung auf ein vom Verkäufer zu benennendes Konto zu erfolgen.

§ 3

Übernahmestichtag

Übernahmestichtag ist der 31. Dezember 2012, 24.00 Uhr.

§ 4 Garantie

- (1) Die LHS übernimmt die nachstehende Garantie im Sinne eines selbstständigen Garantievertrages (nicht im Sinne einer Beschaffenheitsgarantie).

Der verkaufte Geschäftsanteil gehört der LHS, unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen, ist voll einbezahlt, nicht zurückbezahlt und nicht mit Rechten Dritter belastet.

- (2) Die Nichteinhaltung der Garantie verpflichtet die LHS ausschließlich zum Schadensersatz. Dieser bemisst sich nach dem Betrag, der der Gesellschaft bzw. dem bhz geleistet werden müsste, um diese so zu stellen, als wäre der Garantieanspruch erfüllt worden.
- (3) Die Schadensersatzansprüche wegen Garantieverletzungen verjähren nach Ablauf von 12 Monaten nach dem Übernahmestichtag.
- (4) Im Übrigen ist jede Haftung der LHS für Rechts- und Sachmängel ausgeschlossen.

§ 5 Steuern

- (1) Ergeben sich bei der Gesellschaft aufgrund von Steuerveranlagungen, Steuerfestsetzungen oder Haftungsbescheiden für Zeiträume bis zum Übernahmestichtag Mehr- oder Wenigersteuern gegenüber den bis zum Übernahmestichtag bezahlten Steuern, so findet zwischen bhz und LHS kein Ausgleich statt.
- (2) Die Steuern, die von der LHS aus einem aufgrund dieses Vertrags etwa erzielten Veräußerungsgewinn zu entrichten sind, fallen der LHS zur Last.
- (3) Grunderwerbsteuer kommt nicht zum Ansatz.

§ 6 Vollzugsbestimmungen, Zustimmungen

- (1) Die LHS tritt den gemäß § 1 verkauften Geschäftsanteil hiermit mit dinglicher Wirkung zum Übernahmestichtag an das bhz ab, aufschiebend bedingt durch die vollständige Zahlung des Kaufpreises gemäß § 2. Das bhz nimmt die Abtretung an.
- (2) Zustimmungserklärungen sämtlicher Gesellschafter und der Gesellschaft zu diesem Vertrag liegen bereits vor.

§ 7
Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz der Gesellschaft.
- (3) LHS und bhz werden sich über Zeitpunkt, Art und Inhalt der externen und internen Publikation des Beteiligungskaufs abstimmen.
- (4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die für eine reibungslose Umsetzung dieses Beteiligungskaufes zweckdienlich sind.
- (5) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der weggefallenen Bestimmung möglichst nahekommt.